

## Hunde spurlos verschwunden – Zufall?

**Ob-/Nidwalden** Seit Wochen fehlt von zwei entlaufenen Hunden der Rasse Bolonka jede Spur. Ihre Frauchen vermuten, dass Lino und Kalissy gefunden wurden – und wegen ihres Wertes womöglich weiterverkauft worden sind.

**Franziska Herger**  
franziska.herger@nidwaldnerzeitung.ch

Zwei Hunde der gleichen Rasse, beide im Dezember verschwunden – kann das Zufall sein? «Das haben sich viele Leute gefragt, welche die beiden Vermisstanzeigen im «Nidwaldner Blitz» gesehen haben», sagt die Buchserin Claudia Würsch. «Um ehrlich zu sein, habe ich mir diese Frage auch schon gestellt.» Ihr Hund Lino, ein sechsjähriger Rüde der Rasse Bolonka, war am 29. Dezember in Kerns entlaufen. Elf Tage vorher, am 18. Dezember, sprang Kalissy, die eineinhalbjährige Bolonka-Hündin von Brigitte Glenz, in Seelisberg einem Reh nach.

Seither fehlt von beiden Hunden jede Spur. «Lino war bei einer Freundin oberhalb des Gebiets Sand in Kerns in den Ferien», erzählt Claudia Würsch. «Er bekam an dem windigen Abend Angst und ist durch die Katzentür wegelaufen.» Das war vor über zwei Wochen. «Hunde tauchen doch irgendwann in der Nähe von Menschen wieder auf», sagt sie ratlos. «Inzwischen müssten wir doch etwas von Lino gehört haben.» Wie alle Hunde in der Schweiz sind auch Lino und Kalissy gechippt. Ihr Verschwinden wurde bei der Schweizerischen Tiermeldezentrale in Hergiswil hinterlegt. «Ich habe zudem sämtliche Tierärzte, Tierheime und die Polizei benach-



Die verschwundenen Hunde Lino (links) und Kalissy.



Bilder: PD

richtigt», sagt Brigitte Glenz. Auch sie kann sich das Verschwinden ihrer Hündin nicht erklären. «Ich bin zwei Wochen lang durch den Wald oberhalb der Schiffstation Treib gestreift auf der Suche nach Kalissy. Am ersten Abend haben wir zu fünf bis Mitternacht nach ihr gerufen. Ich glaube nicht, dass sie noch in dem Wald ist.»

### Unseriöse Züchter betreiben Handel

Die beiden Frauen vermuten, dass ihre Hunde gefunden wur-

den – und dann behalten worden sind. «Kalissy mag Leute, man kann sie gut mit Essen anlocken. Sie würde mit jedem mitgehen», erzählt Brigitte Glenz traurig. «Irgendjemand hat Lino wohl mitgenommen und will ihn nicht mehr hergeben», fügt Claudia Würsch an. «Vielleicht redet sich der Finder auch ein, Lino sei ausgesetzt worden.»

Brigitte Glenz fürchtet gar, dass ihr Hund weiterverkauft wurde. «Bolonkas sind sehr teuer. Es gibt immer wieder Leute, die nicht den vollen Preis bei

einem seriösen Züchter bezahlen wollen. Ich schaue oft im Internet, ob jemand Kalissy zum Kauf anbietet.» Ein reinrassiger Bolonka samt Ahnenpapieren kostete 2000 Franken aufwärts, bestätigt Claudia Pfister, Co-Betreiberin der Webseite schweizerbolonkas.ch, die einen Überblick über die schweizerischen Bolonka-Züchter bietet. Die aus Russland stammende Hunderasse werde in der Schweiz immer beliebter. «Das merkt man daran, dass inzwischen auch unseriöse Züchter Handel mit Bolonkas ohne Papiere

betreiben. Es ist eine Möglichkeit, Geld zu machen.»

### Halterin will bei Rückgabe auf Anzeige verzichten

Ob Geldquelle oder neues Haustier: Wer einen zugelaufenen Hund nicht meldet, macht sich strafbar. Auf Fundunterschlagung steht theoretisch eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren, Geldstrafe oder Busse sind wahrscheinlich. «Wenn jemand Lino bei sich hat, hoffe ich, dass er die Folgen bedenkt und sich meldet», so Claudia Würsch. «Bei

«Es gibt immer wieder Leute, die nicht den vollen Preis bei einem seriösen Züchter bezahlen wollen.»

**Brigitte Glenz**  
Hundehalterin

einer freiwilligen Rückgabe würde ich auf eine Anzeige verzichten, denn das Wichtigste für mich ist, dass ich Lino wieder bekomme. Ich vermisse ihn schmerzlich.»

Auch Brigitte Glenz hofft, ihre Hündin bald wiederzusehen. «Kalissy und ich waren immer zusammen», meint sie. «Ohne sie ist nichts mehr, wie es war.»

### Hinweis

Hinweise können der Schweizerischen Tiermeldezentrale gemeldet werden: [www.stmz.ch](http://www.stmz.ch).

## Baubewilligungen: Der Bund zieht sich zurück

**Obwalden** Der Kanton muss Baubewilligungsgesuche nicht mehr Bern vorlegen. Die Regierung ist erleichtert.

Im April 2016 erhielt der Kanton Obwalden Post aus Bern. Das Bundesamt für Raumentwicklung ARE verlangte, dass der Kanton die Bewilligungspraxis für Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen korrigiert. Es ging um Bewilligungen, welche nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude betrafen, die vor 1972 erstellt worden waren und für die es Pläne zu einer Erweiterung oder zu einem Neubau gab. Das ARE bemängelte, dass zu grosszügige Erweiterungen bewilligt worden seien. In der Folge musste der Kanton sämtliche Bewilligungen, die solche Projekte betrafen, zur Kontrolle nach Bern schicken. Dies führte auch zu Unmut (wir berichteten).

Damit ist nun laut einer Mitteilung des kantonalen Bau- und Raumentwicklungsdepartements Schluss. Die neue, bundesrechtskonforme Bewilligungspraxis sei inzwischen hinreichend bekannt, sodass der Vollzug der massgeblichen Bundesbestimmungen wieder autonom durch den Kanton respektive die Gemeinden erfolgen könne. «Wir sind natürlich erleichtert», erklärt Baudirektor Josef Hess auf

Anfrage. Zwar müsse der Kanton weiterhin seine Hausaufgaben machen und bundesrechtskonforme Bewilligungen erteilen, «aber wir müssen nicht mehr jede Hausaufgabe dem ARE zeigen.»

### ARE verlangte Anpassungen

Laut Hess mussten etwa 20 Entscheide pro Jahr dem ARE zugestellt werden. Gegen zwei davon habe das Bundesamt Verwaltungsbeschwerde geführt. Eine habe dazu geführt, dass der Baugesuchsteller sein Gesuch zurückzog, im zweiten Fall erhielt das ARE Recht. «Es gab zudem verschiedene Fälle, bei denen das ARE Anpassungen verlangte, damit eine Beschwerde vermieden werden konnte.»

Das Ende der aufsichtsrechtlichen Kontrolle ist laut Hess das Ergebnis kürzlicher Gespräche zwischen ihm und dem ARE und hatte sich abgezeichnet: Bereits zweimal lockerte das ARE nach dem Schreiben vom April 2016 seine Überwachungsfunktion.

**Matthias Stadler**  
matthias.stadler@obwaldnerzeitung.ch

## Weitere Überraschung bleibt aus

**Nidwalden** Nun ist es definitiv: Neun Kandidaten streiten sich um die sieben Sitze in der Regierung. Die FDP liebäugelt damit, den Verlust vor zwei Jahren rückgängig zu machen.

Lange machte es den Anschein, dass sich die Regierungswahlen vom 4. März erübrigen. Die CVP nominierte ihr bestehendes Trio, die Grünen gaben ihren Verzicht bekannt und die SVP bestimmte ein Duo. Das Zünglein an der Waage spielte die FDP, die als letzte Partei tagte und mit einem Dreierticket verhinderte, dass es zu stillen Wahlen für die sieben Sitze kommt. Und als der Bann gebrochen war, brachte sich der Grüne Conrad Wagner ohne Unterstützung seiner Partei selber ins Spiel. Eine weitere «Überraschung» hat es bis zur Eingabezeit von gestern Mittag keine mehr gegeben. Somit steht fest, dass neun Kandidatinnen und Kandidaten um die sieben Sitze buhlen:

– **SVP:** Res Schmid (59, Emmetten), bisher und Michèle Blöchli (50, Hergiswil), neu.

– **CVP:** Othmar Filliger (52, Stans), Karin Kayser (51, Oberdorf) und Josef Niederberger (61, Oberdorf), alle bisher.

– **FDP:** Alfred Bossard (61, Buochs), bisher, Joe Christen (53,



Sie kandidieren für den Regierungsrat (von oben und von links nach rechts): Res Schmid, Alfred Bossard, Othmar Filliger, Karin Kayser, Josef Niederberger, Michèle Blöchli, Joe Christen, Niklaus Reinhard und Conrad Wagner. Bilder: Archiv NZ

Stans), neu, und Niklaus Reinhard (52, Hergiswil), neu.

– **Weitere:** Conrad Wagner (58, Stans), neu.

Der Wahlausschuss der FDP hatte sich für ein Dreierticket ausgesprochen, weil «so wichtige Positionen wie der Regierungsrat nicht in stiller Wahl besetzt werden sollten». Das ist aber nicht der einzige Grund. Die Liberalen wittern die Chance, den dritten Sitz, den sie 2016 bei der Ersatzwahl für den heutigen Ständerat Hans Wicki an die CVP verloren hatten, zurückzuholen. Im Visier dürften sie Wickis Nachfolger, Baudirektor Josef Niederberger, haben. Dieser muss sich erstmals Gesamterneuerungswahlen stellen, vor zwei Jahren war er im zweiten Wahlgang als Bester der ersten Runde still reingerutscht.

Das Resultat in diesem Frühjahr könnte für die Parteien noch bedeutender werden, sollte ein häufiger Vorstoss zur Verkleinerung der Regierung auf fünf Sitze bis 2022 angenommen werden.

**Oliver Mattmann**  
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch